

445288-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Softwarepaket und Informationssysteme – Integriertes Geschäfts- und Personalmanagementsystem

OJ S 122/2026 29/06/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Lieferleistungen - Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: ppa - Pfälzische Pensionsanstalt

E-Mail: info@ppa-duew.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Integriertes Geschäfts- und Personalmanagementsystem

Beschreibung: Gegenstand der Beschaffung ist ein integriertes Geschäfts- und Personalmanagementsystem einschließlich Softwarebereitstellung im Software-as-a-Service-Modell (SaaS), Cloudbetrieb, Implementierungsleistungen sowie Application-Management-Services (AMS) zur Abbildung der personalwirtschaftlichen, beamtenversorgungsrechtlichen, finanzwirtschaftlichen und administrativen Prozesse des Auftraggebers. Die Beschaffung umfasst die Bereitstellung und den Betrieb der Standardsoftware einschließlich Herstellerwartung und Support (Los 1) sowie die Implementierungs-, Migrations-, Schulungs-, Unterstützungs- und Application-Management-Leistungen (Los 2). Mit der Beschaffung des Systems verfolgt die ausschreibende Stelle das übergeordnete Ziel, ihre administrativen, personalwirtschaftlichen und finanzbezogenen Kernprozesse vollständig digitalisiert, standardisiert und auf eine zukunftssichere technische Grundlage zu stellen. Das System soll die Effizienz der Verwaltungsabläufe steigern, die Datenqualität und Nachvollziehbarkeit erhöhen, die Rechtssicherheit stärken und die Steuerungs- und Entscheidungsfähigkeit der Organisation verbessern. Die derzeitige Systemlandschaft ist geprägt durch heterogene Einzellösungen, eingeschränkte Integrationsfähigkeit und einen hohen Anteil manueller Bearbeitungsschritte. Dies führt zu redundanten Daten, einem erhöhten Fehlerpotenzial und einer erschwerten revisionssicheren Nachvollziehbarkeit von Prozessen. Vor diesem Hintergrund ist die Einführung eines modernen, integrierten Systems erforderlich, das sämtliche Kernprozesse der Verwaltung auf einer konsistenten, durchgängigen und skalierbaren Plattform abbildet. Die Zielsetzung der Beschaffung lässt sich wie folgt konkretisieren: a) Sicherer Betrieb in einer kontrollierten Umgebung: Durch die Bereitstellung des integrierten Geschäfts- und Personalmanagementsystems in einer Private-Cloud-Infrastruktur werden mandantenisolierte, geschützte und DSGVO-konforme Datenverarbeitungsprozesse gewährleistet. Dies umfasst insbesondere die sichere Verarbeitung personenbezogener Daten sowie die Einhaltung relevanter gesetzlicher Vorgaben wie BDSG und LDSG RLP. b) Zukunftsfähige, integrierte Prozesse: Einheitliche digitale Abläufe über alle Kernbereiche der Verwaltung – einschließlich Personal, Beamtenversorgung, Finanzen und Controlling – ermöglichen eine durchgängige,

transparente und standardisierte Prozessgestaltung. Die systemübergreifende Konsistenz der Daten schafft eine belastbare Grundlage für operative und strategische Entscheidungen. c) Reduzierung manueller Aufwände: Standardisierte Workflows, automatisierte Routinetätigkeiten und integrierte Reporting- und Analysefunktionen entlasten Mitarbeitende, reduzieren Fehlerpotenziale und schaffen Kapazitäten für wertschöpfende Aufgaben. Gleichzeitig wird eine faktenbasierte Steuerung durch konsistente, aktuelle und qualitätsgesicherte Daten ermöglicht. d) Rechtssicherheit und Compliance: Es bildet alle relevanten rechtlichen Vorgaben ab, insbesondere im Hinblick auf Datenschutz, Rechnungswesen, Haushalts- und Beamtenrecht. Revisionssichere Dokumentation, nachvollziehbare Prüf- und Genehmigungsprozesse sowie standardisierte Prüfschritte gewährleisten die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen. e) Skalierbarkeit und Flexibilität: Die Private-Cloud-Umgebung erlaubt eine flexible Anpassung an steigende Datenmengen, wachsende Nutzerzahlen und zukünftige organisatorische Anforderungen. Dadurch wird das System zukunftssicher, erweiterbar und leistungsfähig für die langfristige Unterstützung der Verwaltungsprozesse. Durch die Implementierung eines integrierten Geschäfts- und Personalmanagementsystem in der Private Cloud entsteht somit eine integrierte, standardisierte und revisionssichere digitale Infrastruktur, welche die Grundlage für die kontinuierliche Digitalisierung und Optimierung der Kernprozesse der Verwaltung bildet. Das System ermöglicht eine effiziente, transparente und rechtskonforme Abbildung aller relevanten Vorgänge, reduziert redundante Prozesse und steigert die Steuerungsfähigkeit auf allen Ebenen der Organisation.

Kennung des Verfahrens: 94bd52bb-5574-43d9-b048-b27fb6ec2ffa

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 48000000 Softwarepaket und Informationssysteme

Zusätzliche Einstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bad Dürkheim

Postleitzahl: 67098

Land, Gliederung (NUTS): Bad Dürkheim (DEB3C)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.5. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Höchstzahl der Lose, für die ein Bieter Angebote einreichen kann: 2

Auftragsbedingungen:

Höchstzahl der Lose, für die Aufträge an einen Bieter vergeben werden können: 2

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils erklärt, dass keine Ausschlussgründe gemäß 123 GWB vorliegen. Zu den Ausschlussgründen zählen die folgenden Straftaten nach: § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland). Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils erklärt, dass keine Ausschlussgründe gemäß 123 GWB vorliegen. Zu den Ausschlussgründen zählen die folgenden Straftaten nach: § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte). Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Betrug: Der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils erklärt, dass keine Ausschlussgründe gemäß 123 GWB vorliegen. Zu den Ausschlussgründen zählen die folgenden Straftaten nach: § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Korruption: Der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils erklärt, dass keine Ausschlussgründe gemäß 123 GWB vorliegen. Zu den Ausschlussgründen zählen die folgenden Straftaten nach: § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen), § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern), und §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr). Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils erklärt, dass keine Ausschlussgründe gemäß 123 GWB vorliegen. Zu den Ausschlussgründen zählen die folgenden Straftaten nach: §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung). Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils dass der in § 123 Abs. 4 Nr. 1 GWB genannte Ausschlussgrund nicht auf das Unternehmen zutrifft: Das Unternehmen ist seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen

zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen Ausschlussgründen zählen folgende Punkte: das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- und arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Zahlungsunfähigkeit: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen Ausschlussgründen zählen folgende Punkte: das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet, die Eröffnung eines solchen Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder es hat seine Tätigkeit eingestellt. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen Ausschlussgründen zählen folgende Punkte: das Unternehmen oder eine Person, die nach § 123 Absatz 3 GWB für das Unternehmen verantwortlich handelt oder handelte, hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt werden könnte. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen Ausschlussgründen zählen folgende Punkte: das Unternehmen hat Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen Ausschlussgründen zählen folgende Punkte: es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen

Ausschlussgründen zählen folgende Punkte: eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen Ausschlussgründen zählt folgender Punkt: das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber jeweils entweder, dass keine fakultativen Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB vorliegen, oder gibt bestehende fakultative Ausschlussgründe in der Bewerbung an. Zu den fakultativen Ausschlussgründen zählen folgende Punkte: das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen, Auskünfte zurückgehalten oder erforderliche Nachweise nicht übermittelt oder, das Unternehmen hat versucht, a) die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) irreführende Informationen zu übermitteln, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich solche irreführenden Informationen übermittelt. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen.

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt. Der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber reicht die Tariftreueerklärung nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334) mit der Bewerbung ein. // Weiter erklärt der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber, dass im Falle des Einsatzes von Nachunternehmern ausschließlich solche Nachunternehmer eingesetzt werden, für die kein Ausschlussgrund gemäß § 123 GWB vorliegt. Sollte ein fakultativer Ausschlussgrund bei einem Nachunternehmer nach § 124 GWB vorliegen, wird der Bewerber dies in der Bewerbung angeben. Es wird auf die Möglichkeit der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB hingewiesen. Die Vergabestelle / der Auftraggeber behält sich vor, die Eignung der Nachunternehmer zu überprüfen. // Der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber reicht als "Eigenerklärung RUS-Sanktionen" mit der Bewerbung folgende Erklärungen ein: 1) Der/ die Bewerber gehört/gehört nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder

Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. 2) Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift. 3) Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt. 4) Es wird ebenso bestätigt, dass der Bewerber, jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie jeder Eignungsgeber (und die Unternehmen, die Mitglieder des Konsortiums sind, oder deren Subunternehmer), ist nicht Gegenstand von EU-Sanktionen, wie bspw. denen gegen die in Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 269/2014 aufgeführten Personen, und befindet sich auch nicht im Eigentum oder unter der Kontrolle der aufgeführten Personen. Das Kriterium, dass bei der Beurteilung zu berücksichtigen ist, ob eine juristische Person oder Organisation im Eigentum einer anderen Person oder Organisation steht, ist der Besitz von mehr als 50% der Eigentumsrechte an einer Organisation oder eine Mehrheitsbeteiligung an dieser.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Los1: Software-Subscription (SaaS: Bereitstellung, Cloudbetrieb, Nutzungsrechte, Herstellersupport)

Beschreibung: Der Auftragnehmer des Loses 1 ist verantwortlich für die Bereitstellung und den technischen Betrieb der Standardsoftware sowie der zugrunde liegenden Systemplattform. Dies umfasst insbesondere: - Softwarebereitstellung - Cloudbetrieb - Lizenzierung und Nutzungsrechte - Betrieb der Systemumgebung - Sicherstellung von Verfügbarkeit, Performance und Skalierbarkeit - Herstellerwartung, insbesondere: Bereitstellung von Updates, Upgrades und Patches; Umsetzung gesetzlich zwingender Anpassungen im Standard und Technischer Herstellersupport. Für die Bereitstellung der Software sowie der damit verbundenen Leistungen gilt der EVB-IT Cloudvertrag mitsamt seinen Anlagen. Die angebotene Lösung muss auf dieser Vertragsgrundlage erbracht werden. Die angebotene Lösung ist im Software-as-a-Service-Modell (SaaS) in einer Private-Cloud-Umgebung nach den Mindestkriterien BSI C5 bereitzustellen. Die Private Cloud muss eine mandantenisolierte, sichere und kontrollierte Betriebsumgebung gewährleisten. Zum Zeitpunkt der Ausschreibung bestimmen sich die Größenordnungen wie folgt: - Personalstammsätze Personalwirtschaft: 115.000 - User Personalwirtschaft: 1.750 - Personalstammsätze Versorgung: 4.500 - User Versorgungssachbearbeitung: 25 - Workflow-User Finanzwesen: 150 - User zur Erstellung von E-Rechnungen: 20 - User für Buchhaltung und Controlling: 12 (davon 6 mit Leserechten) - Eingangsrechnungen ca. 2.300 / Jahr - Ausgangsrechnungen ca. 50.000 / Jahr Die Verarbeitung sensibler und personenbezogener Daten gemäß den geltenden gesetzlichen Vorgaben (insbesondere DSGVO) muss möglich sein.

Interne Kennung: LOT-0001 PL-004/2026-KB

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 48000000 Softwarepaket und Informationssysteme

Zusätzliche Einstufung (cpv): 48440000 Softwarepaket für die Finanzanalyse und Buchhaltung , 48450000 Softwarepaket für Zeiterfassung und Personalverwaltung, 72261000 Software-Unterstützung, 72267100 Wartung von Informationstechnologiesoftware, 72415000 Internetseitenbetreiberdienste, 72514000 Verwaltung von Computeranlagen, 72514200 Anlagenverwaltung für die Computersystementwicklung, 72268000 Bereitstellung von Software , 72400000 Internetdienste, 72510000 Mit der Datenverarbeitung verbundene Verwaltungsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bad Dürkheim

Postleitzahl: 67098

Land, Gliederung (NUTS): Bad Dürkheim (DEB3C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbegrenzt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden

Bewerber: drei (3). Erreichen mehrere geeignete Bewerber die gleiche Punktzahl und

platzieren sich hierdurch mehrere Bewerber auf Rang drei (3), werden sämtliche dieser

Bewerber zur zweiten Phase des Verfahrens zugelassen. // Ausschließlich kaufmännische

Nebenangebote sind zugelassen, soweit diese einen Rabatt für den Fall vorsehen, dass

einem Bieter beide Lose gemeinsam zugeschlagen werden. //

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat die folgende Referenz (R1)

nachzuweisen: Mindestens ein Referenzprojekt, das die Bereitstellung und den dauerhaften

Betrieb einer vergleichbaren Softwareanwendung einschließlich Nutzungsüberlassung und

Herstellersupport mit Serviceleistungen belegt. Die Referenz muss Leistungen des

Anwendungssupports umfassen. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12)

Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch

besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit

mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der

Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen

der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023

beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens

zwölf (12) Monaten bestehen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat die folgende Referenz (R2)

nachzuweisen: Der Bewerber hat mindestens ein Referenzprojekt, das den Betrieb einer

vergleichbaren Private-Cloud-Infrastruktur im produktiven Einsatz belegt. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Sieht die Bewerbung des Bewerbers einen Nachunternehmereinsatz vor, hat er dies in der Bewerbung anzugeben. Der Bewerber hat die Leistungen, die er beabsichtigt an Nachunternehmer weiterzugeben, in das Nachunternehmerverzeichnis einzutragen und das Nachunternehmerverzeichnis mit seiner Bewerbung einzureichen. Nach Aufforderung hat der Bewerber nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der Nachunternehmer zur Verfügung stehen. Die Nachunternehmer sind erst auf Anforderung namentlich zu benennen und die entsprechenden Eignungsnachweise und Verpflichtungserklärungen dieser vorzulegen. Die Vergabestelle / der Auftraggeber behält sich vor, die Eignung der Nachunternehmer zu überprüfen.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft hat seine / ihre wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch Eigenerklärung nachzuweisen. Dabei müssen die folgenden Anforderungen insgesamt erfüllt sein: Der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft erklärt, dass der Umsatz mit vergleichbaren Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils mindestens EUR 2 Mio. netto betragen hat. Bei Bewerbungsgemeinschaften genügt es, wenn ihre Mitglieder insgesamt die vorstehend geforderten Umsätze erreichen. Soweit sich der Bewerber zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß § 47 VgV beruft, haften der Bewerber und der jeweilige Eignungsgeber entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam für die Auftragsausführung. Der Auftraggeber behält sich vor, zum Nachweis der erklärten Umsätze die Jahresabschlüsse der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre oder vergleichbare geeignete Nachweise anzufordern.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber muss über mindestens 50 festangestellte Mitarbeiter verfügen, die in Bereichen tätig sind, deren Leistungen mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Maßgeblich ist der Personalbestand zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist. Bei Bewerbungsgemeinschaften genügt es, wenn ihre Mitglieder insgesamt die vorstehend geforderte Anzahl an Mitarbeitern erreichen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Schadensfall pro Versicherungsjahr für - Sach- und Personenschäden: 1 Mio € - Vermögensschäden: 3 Mio € - Vermögensschäden durch IT-Fehler: 3 Mio € die mindestens zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen, bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des EWR zugelassenen Versicherungsunternehmen mit der Bewerbung nachzuweisen. Der Nachweis ist durch eine aktuelle Versicherungsbestätigung – nicht älter als ein Jahr bzw. noch gültig – zu erbringen.

Alternativ ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens ausreichend, mit der dieses den Abschluss der geforderten Versicherungsdeckung im Auftragsfall verbindlich zusichert; dies ist ebenso mit der Bewerbung einzureichen. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe entweder für jedes Mitglied gesondert oder für die Bewerbergemeinschaft insgesamt unter Einschluss aller Mitglieder als Projektversicherung nachzuweisen. Soweit der Bewerber im Rahmen der Leistungserbringung den Betrieb des Systems in einer Private-Cloud-Infrastruktur durch einen Eignungsgeber gemäß § 47 VgV vorsieht, ist der Nachweis der Haftpflichtversicherung auch für diesen Eignungsgeber vorzulegen und mit der Bewerbung einzureichen. Soweit der Bewerber im Rahmen der Eignungsleihe gemäß § 47 VgV die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch nimmt, ist der Nachweis der Haftpflichtversicherung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe auch für dieses Unternehmen vorzulegen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien werden die Bewerber ausgewählt (keine KO-Kriterien), die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (A) Referenz: Vergleichbarkeit und Komplexität des SaaS-Betriebs
Mindestanforderungen: Die Referenz muss den produktiven Betrieb einer integrierten ERP-Software mit den Modulen HR, Finanzen und Versorgung im Software-as-a-Service-Modell (SaaS) oder in einem vergleichbaren Cloudbetriebsmodell betreffen. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird, in welchem Umfang die Referenzprojekte mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand hinsichtlich Größe, Komplexität und Betriebsmodell vergleichbar sind. Folgende Merkmale werden berücksichtigt: 1. Betrieb einer integrierten ERP-Software mit den Modulen HR-Payroll, Finanzen und Versorgung 2. Betrieb für öffentliche Auftraggeber oder vergleichbar regulierte Organisationen 3. Betrieb einer Mehrmandanten-Systemumgebung 4. Integration mehrerer Fachmodule innerhalb einer gemeinsamen Plattform 5. Hohe bzw. vergleichbare Komplexität hinsichtlich Systemintegration, insbesondere durch die Anbindung mehrerer Fach- oder Drittsysteme sowie fachlicher Abhängigkeiten zwischen verschiedenen Geschäfts-, Verwaltungs- oder Supportprozessen 6. Hohe bzw. vergleichbare Nutzerzahlen oder hohe bzw. vergleichbare Anzahl organisatorischer Einheiten 7. Unterstützung mehrerer organisatorischer Einheiten innerhalb eines gemeinsamen Betriebsmodells Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R1 und R2) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien (keine KO-Kriterien) werden die Bewerber ausgewählt, die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (B) Referenz: Vergleichbarkeit der Betriebs- und Infrastrukturleistungen.
Mindestanforderungen: Die Referenz muss den technischen Betrieb einer produktiven Cloud-, Hosting- oder Infrastrukturumgebung betreffen. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von

zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird die besondere technische und betriebliche Vergleichbarkeit der Referenz im Hinblick auf den Betrieb komplexer Hosting-, Betriebs- und Infrastrukturleistungen im SaaS-Umfeld. Folgende Merkmale werden berücksichtigt: 1. Betrieb einer hochverfügbaren Systemumgebung nach den Mindestkriterien der BSI C5 Standards 2. Durchführung strukturierter Monitoring-, Incident- und Eskalationsprozesse 3. Durchführung koordinierter Release-, Update- und Patchmanagementprozesse 4. Betrieb mit definierten Service- und Eskalationsprozessen 5. Betrieb virtualisierter oder containerisierter Infrastrukturkomponenten 6. Durchführung koordinierter Betriebs- und Wartungsleistungen 7. Betrieb einer Infrastruktur mit hoher bzw. vergleichbarer technischer Komplexität, insbesondere hinsichtlich Systemintegration, Infrastrukturkomponenten oder Verfügbarkeitsanforderungen Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R1 und R2) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien werden die Bewerber ausgewählt (keine KO-Kriterien), die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (C) Referenz: Erfahrung mit integrierten Verwaltungs- und Geschäftsprozessen

Mindestanforderung: Die Referenz muss die Unterstützung integrierter Verwaltungs-, Steuerungs- oder Geschäftsprozesse umfasst haben. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der Abbildung und Unterstützung integrierter Verwaltungs-, Steuerungs- und Geschäftsprozesse innerhalb komplexer Systemumgebungen: 1. Unterstützung workflowgestützter Genehmigungs- oder Freigabeprozesse 2. Unterstützung revisionssicherer Verwaltungs- und Dokumentationsprozesse 3. Unterstützung rollen- und berechtigungsbasierter Prozesssteuerung 4. Unterstützung standardisierter digitaler Verwaltungsabläufe 5. Unterstützung von Reporting-, Auswertungs- oder Controllingfunktionen 6. Unterstützung systemgestützter Prüf-, Freigabe- oder Eskalationsprozesse Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R1 und R2) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien werden die Bewerber ausgewählt (keine KO-Kriterien), die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (D) Referenz: Betriebs-, Support- und Serviceorganisation Mindestanforderung: Die Referenz muss die Erbringung strukturierter Betriebs-, Support- oder Serviceleistungen umfasst haben. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der organisatorischen Steuerung und Erbringung von Betriebs-, Support- und Serviceleistungen innerhalb komplexer Systemumgebungen: 1. Erbringung von Herstellersupport oder Application Support 2. Betrieb eines strukturierten Service- oder Helpdeskmodells 3. Einsatz rollen- oder zuständigkeitsbasierter Supportstrukturen 4. Betrieb mit definierten Service-Level-Agreements (SLA) 5. Durchführung koordinierter Support- und Kommunikationsprozesse 6. Unterstützung mehrstufiger Support- oder Eskalationsstrukturen Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R1 und R2) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als Eignungsnachweis ist eine gültige Zertifizierung nach DIN ISO/IEC 27001:2022 oder ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz vorzulegen. Gleichwertige Nachweise werden anerkannt; der Nachweis der Gleichwertigkeit obliegt dem Bewerber und ist durch geeignete Unterlagen – insbesondere Angaben zum Informationssicherheitsmanagementsystem – bereits mit der Bewerbung einzureichen. Die Zertifizierung ist von jedem Unternehmen vorzulegen, das im Rahmen der Leistungserbringung Zugriff auf das System oder die verarbeiteten Daten hat.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit der Bewerbung ist eine Eigenerklärung einzureichen, dass 1. die Verarbeitung personenbezogener Daten ausschließlich innerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) erfolgt und 2. die geltenden Anforderungen der DSGVO jederzeit eingehalten werden.

Kriterium: Sicherheit bei der Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von klassifizierten Informationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber weist nach, dass der im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzte Betreiber der Private-Cloud-Infrastruktur die Anforderungen des BSI C5-Kriterienkatalogs oder gleichwertiger Sicherheitsstandards erfüllt. Alternativ erklärt der Bewerber verbindlich, dass der jeweilige Infrastrukturbetreiber diese Anforderungen im Auftragsfall erfüllen wird. Zulässige Nachweise sind: - ein Testat nach BSI C5 Typ 2, oder - ein Testat nach BSI C5 Typ 1, sofern der Bewerber zusätzlich glaubhaft macht, dass die operativen Kontrollen kontinuierlich umgesetzt werden, beispielsweise durch eine ergänzende Eigenerklärung oder Nachweise jährlicher interner Auditierungen. Soweit der Nachweis zum Zeitpunkt der Bewerbung noch nicht vorliegt, ist eine verbindliche Erklärung des Bewerbers

ausreichend, aus der hervorgeht, dass die Anforderungen im Auftragsfall erfüllt werden. Im Auftragsfall ist die vollständige Erfüllung der BSI C5-Anforderungen durch Testat nachzuweisen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien werden die Bewerber ausgewählt (keine KO-Kriterien), die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: Bewertet wird die Anzahl unterschiedlicher Referenzprojekte, die für die Bewertungsreferenzen benannt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis 40 %

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 40

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Umsetzung der Funktionalität

Beschreibung: Erfüllungsgrad der Leistungsbeschreibung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 60

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.subreport.de/E13246357>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E13246357>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 02/07/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen, die die Bewertung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote anhand der Bewertungs- bzw. Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Fehlende Unterlagen werden erforderlichenfalls unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerisch haftend, Benennung eines bevollmächtigten Vertreter

5.1.15. Techniken**Rahmenvereinbarung:**

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer -

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen nach § 160 GWB: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer -

Organisation, die Angebote bearbeitet: ppa - Pfälzische Pensionsanstalt

5.1. Los: LOT-0002

Titel: Los2: Application Management Service (AMS), Implementierung, Schulung

Beschreibung: Der Auftragnehmer des Loses 2 ist verantwortlich für die Einführung, den fachlichen Betrieb sowie die Weiterentwicklung der Anwendung. Dies umfasst insbesondere: - Implementierung - Fachliches und technisches Customizing - Anwendungssupport , insbesondere: 1st-, 2nd- und 3rd-Level-Support Fehleranalyse und -behebung auf Anwendungsebene - Weiterentwicklung, insbesondere: Change- und Anforderungsmanagement Release- und Testunterstützung - Schulung und Befähigung
Interne Kennung: LOT-0002 PL-004/2026-KB

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Zusätzliche Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 72000000 IT-Dienste: Beratung, Software-Entwicklung, Internet und Hilfestellung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 48450000 Softwarepaket für Zeiterfassung und Personalverwaltung, 48440000 Softwarepaket für die Finanzanalyse and Buchhaltung, 72260000 Dienstleistungen in Verbindung mit Software, 72266000 Software-Beratung, 72253200 Systemunterstützung, 72250000 Systemdienstleistungen und Unterstützungsdienste , 80511000 Ausbildung des Personals, 72263000 Software-Implementierung, 72267000 Software-Wartung und -Reparatur, 72261000 Software-Unterstützung, 72250000 Systemdienstleistungen und Unterstützungsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Bad Dürkheim

Postleitzahl: 67098

Land, Gliederung (NUTS): Bad Dürkheim (DEB3C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbegrenzt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

Zusätzliche Informationen: Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden

Bewerber: drei (3). Erreichen mehrere geeignete Bewerber die gleiche Punktzahl und

platzieren sich hierdurch mehrere Bewerber auf Rang drei (3), werden sämtliche dieser

Bewerber zur zweiten Phase des Verfahrens zugelassen. // Ausschließlich kaufmännische

Nebenangebote sind zugelassen, soweit diese einen Rabatt für den Fall vorsehen, dass

einem Bieter beide Lose gemeinsam zugeschlagen werden. //

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber hat die folgende Referenz (R3)

nachzuweisen: Mindestens ein Referenzprojekt, das die Erbringung von Application

Management Services (AMS) für eine vergleichbare Softwareanwendung belegt. Die Referenz

muss ebenso folgende Leistungen umfassen: Betriebssupport einer produktiven Anwendung
Bearbeitung von Incidents und Service Requests über ein Ticketsystem Durchführung von
Wartungs- und Pflegeleistungen Koordination und Umsetzung von Änderungen (Change
Requests) Zusätzlich muss die Referenz folgende Kriterien erfüllen: Mindestlaufzeit: Die
Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag
zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche
Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen.
Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der
Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des
Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum
Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen.
Einsatz in einer Organisation vergleichbarer Größe oder Komplexität.

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Sieht die Bewerbung des Bewerbers einen
Nachunternehmereinsatz vor, hat er dies in der Bewerbung anzugeben. Der Bewerber hat die
Leistungen, die er beabsichtigt an Nachunternehmer weiterzugeben, in das
Nachunternehmerverzeichnis einzutragen und das Nachunternehmerverzeichnis mit seiner
Bewerbung einzureichen. Nach Aufforderung hat der Bewerber nachzuweisen, dass ihm die
erforderlichen Kapazitäten der Nachunternehmer zur Verfügung stehen. Die
Nachunternehmen sind erst auf Anforderung namentlich zu benennen und die
entsprechenden Eignungsnachweise und Verpflichtungserklärungen dieser vorzulegen. Die
Vergabestelle / der Auftraggeber behält sich vor, die Eignung der Nachunternehmer zu
überprüfen.

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft hat seine /
ihre wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit durch Eigenerklärung nachzuweisen.
Dabei müssen die folgenden Anforderungen insgesamt erfüllt sein: Der Bewerber / die
Bewerbungsgemeinschaft erklärt, dass der Umsatz mit vergleichbaren Leistungen in den letzten
drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jeweils mindestens EUR 2 Mio. netto betragen hat. Bei
Bewerbungsgemeinschaften genügt es, wenn ihre Mitglieder insgesamt die vorstehend
geforderten Umsätze erreichen. Soweit sich der Bewerber zum Nachweis der wirtschaftlichen
und finanziellen Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen gemäß § 47
VgV beruft, haften der Bewerber und der jeweilige Eignungsgeber entsprechend dem Umfang
der Eignungsleihe gemeinsam für die Auftragsausführung. Der Auftraggeber behält sich vor,
zum Nachweis der erklärten Umsätze die Jahresabschlüsse der letzten drei abgeschlossenen
Geschäftsjahre oder vergleichbare geeignete Nachweise anzufordern.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bewerber muss über mindestens 50 festangestellte
Mitarbeiter verfügen, die in Bereichen tätig sind, deren Leistungen mit der zu vergebenden
Leistung vergleichbar sind. Maßgeblich ist der Personalbestand zum Zeitpunkt des Ablaufs
der Teilnahmefrist. Bei Bewerbungsgemeinschaften genügt es, wenn ihre Mitglieder insgesamt
die vorstehend geforderte Anzahl an Mitarbeitern erreichen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung mit einer
Deckungssumme je Schadensfall pro Versicherungsjahr für - Sach- und Personenschäden: 1
Mio € - Vermögensschäden: 3 Mio € - Vermögensschäden durch IT-Fehler: 3 Mio €

die mindestens zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen, bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des EWR zugelassenen Versicherungsunternehmen mit der Bewerbung nachzuweisen. Der Nachweis ist durch eine aktuelle Versicherungsbestätigung – nicht älter als ein Jahr bzw. noch gültig – zu erbringen. Alternativ ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens ausreichend, mit der dieses den Abschluss der geforderten Versicherungsdeckung im Auftragsfall verbindlich zusichert; dies ist ebenso mit der Bewerbung einzureichen. Bei Bewerbergemeinschaften ist die Haftpflichtversicherung in der geforderten Höhe entweder für jedes Mitglied gesondert oder für die Bewerbergemeinschaft insgesamt unter Einschluss aller Mitglieder als Projektversicherung nachzuweisen. Soweit der Bewerber im Rahmen der Eignungsleihe gemäß § 47 VgV die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch nimmt, ist der Nachweis der Haftpflichtversicherung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe auch für dieses Unternehmen vorzulegen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien werden die Bewerber ausgewählt (keine KO-Kriterien), die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (A) Referenz: Vergleichbarkeit von Implementierungs- und Einführungsprojekten
Mindestanforderungen: Die Referenz muss die produktive Einführung, Migration oder Transformation eines ERP-Systems umfasst haben. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der Implementierung und Einführung integrierter ERP-Software mit den Modulen HR, Finanzen und Versorgung innerhalb komplexer Organisationsstrukturen. Folgende Merkmale werden berücksichtigt: 1. Einführung eines integrierten ERP-Systems mit den Modulen HR, Finanzen und Versorgung 2. Durchführung von Datenmigrationen oder Systemablösungen 3. Integration mehrerer Fachmodule oder Schnittstellen 4. Durchführung komplexer Customizing- oder Parametrisierungsleistungen 5. Durchführung strukturierter Test-, Integrations- oder Abnahmeverfahren 6. Durchführung einer Produktivsetzung (Go-Live) 7. Einführung in Organisationen mit hoher bzw. vergleichbarer Nutzerzahl oder mehreren organisatorischen Einheiten Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R3) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien (keine KO-Kriterien) werden die Bewerber ausgewählt, die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (B) Referenz: Erweiterte Erfahrung mit AMS- und Weiterentwicklungsleistungen
Mindestanforderungen: Die Referenz muss strukturierte AMS-, Support- oder Weiterentwicklungsleistungen für produktive Anwendungssysteme umfasst haben. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen.

Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung komplexer Application-Management-, Support- und Weiterentwicklungsleistungen für produktive Anwendungssysteme. Folgende Merkmale werden berücksichtigt: 1. Erbringung von 1st-, 2nd- und 3rd-Level-Application-Support 2. Durchführung strukturierter Change- oder Anforderungsmanagementprozesse 3. Unterstützung koordinierter Release- und Testprozesse 4. Durchführung strukturierter Fehleranalyse- und Eskalationsprozesse 5. Durchführung laufender Weiterentwicklungs- oder Optimierungsmaßnahmen 6. Betreuung produktiver ERP-Software mit den Modulen HR, Finanzen und Versorgung 7. Durchführung koordinierter Ticket-, Service- oder Eskalationsprozesse Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R3) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien werden die Bewerber ausgewählt (keine KO-Kriterien), die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (C) Referenz: Erfahrung mit integrierten Verwaltungs- und Fachprozessen Mindestanforderung: Die Referenz muss die Unterstützung integrierter Verwaltungs-, Personal-, Finanz oder Fachprozesse umfasst haben. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der Abbildung und Unterstützung integrierter Verwaltungs-, Personal-, Finanz- oder Fachprozesse: 1. Unterstützung personalwirtschaftlicher Prozesse (Payroll & HR) 2. Unterstützung versorgungsrechtlicher Prozesse 3. Unterstützung finanzwirtschaftlicher oder Controllingsprozesse 4. Unterstützung workflowgestützter Genehmigungs- oder Freigabeprozesse 5. Unterstützung revisionssicherer Verwaltungs- und Dokumentationsprozesse 6. Unterstützung rollen- und berechtigungsbasierter Prozesssteuerung 7. Unterstützung standardisierter digitaler Verwaltungsabläufe 8. Unterstützung von Reporting-, Auswertungs- oder Controllingfunktionen. Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R3) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auf der Grundlage der folgenden Kriterien werden die Bewerber ausgewählt (keine KO-Kriterien), die aufgefordert werden, ein Angebot einzureichen: (D) Referenz: Projekt-, Schulungs- und Betriebsorganisationsleistungen

Mindestanforderung: Die Referenz muss Projektsteuerungs-, Schulungs- oder Betriebsübergangsleistungen umfasst haben. Die Referenz muss eine Mindestlaufzeit von zwölf (12) Monaten aufweisen. Soweit der Vertrag zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist noch besteht, muss die tatsächliche Leistungserbringung zu diesem Zeitpunkt bereits seit mindestens zwölf (12) Monaten erfolgen. Maßgeblich für die zeitliche Einordnung der Referenz ist bei laufenden Verträgen der Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist, im Übrigen der Zeitpunkt der Beendigung des Vertrags. Die Referenz darf nicht vor dem 01.01.2023 beendet worden sein oder muss zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmefrist seit mindestens zwölf (12) Monaten bestehen. Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der organisatorischen Steuerung komplexer Implementierungs-, Schulungs- und Betriebsübergangsprojekte: 1. Durchführung strukturierter Projektmanagementprozesse 2. Durchführung von Anwender- oder Administratorschulungen 3. Steuerung mehrerer Projektbeteiligter oder Leistungserbringer 4. Durchführung koordinierter Übergaben in den Regelbetrieb 5. Unterstützung von Change- oder Kommunikationsprozessen 6. Durchführung strukturierter Dokumentations- und Übergabeprozesse 7. Betreuung komplexer organisationsübergreifender Projektstrukturen Für die Bewerberauswahl nach § 51 VgV können dieselben Referenzen wie für den Eignungsnachweis (s. R3) aber auch andere Referenzen herangezogen werden. Die für die Bewertung benannten Referenzen können identisch oder unterschiedlich sein.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Zertifikate von Qualitätskontrollinstituten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Als Eignungsnachweis ist eine gültige Zertifizierung nach DIN ISO/IEC 27001:2022 oder ISO 27001 auf der Basis von IT-Grundschutz vorzulegen. Gleichwertige Nachweise werden anerkannt; der Nachweis der Gleichwertigkeit obliegt dem Bewerber und ist durch geeignete Unterlagen – insbesondere Angaben zum Informationssicherheitsmanagementsystem – bereits mit der Bewerbung einzureichen. Die Zertifizierung ist von jedem Unternehmen vorzulegen, das im Rahmen der Leistungserbringung Zugriff auf das System oder die verarbeiteten Daten hat.

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mit der Bewerbung ist eine Eigenerklärung einzureichen, dass 1. die Verarbeitung personenbezogener Daten ausschließlich innerhalb der Europäischen Union oder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) erfolgt und 2. die geltenden Anforderungen der DSGVO jederzeit eingehalten werden.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis 90 %

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 90

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Präsentation

Beschreibung: Präsentation

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.subreport.de/E13246357>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E13246357>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 25/06/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Nachforderung von Unterlagen, die die Bewertung der Teilnahmeanträge bzw. Angebote anhand der Bewertungs- bzw. Zuschlagskriterien betreffen, ist ausgeschlossen. Fehlende Unterlagen werden erforderlichenfalls unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:

Gesamtschuldnerisch haftend, Benennung eines bevollmächtigten Vertreter

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer -

Informationen über die Überprüfungsfristen: Informationen über die Überprüfungsfristen nach § 160 GWB: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer -
Organisation, die Angebote bearbeitet: ppa - Pfälzische Pensionsanstalt

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Kommunalberatung Rheinland-Pfalz GmbH

Registrierungsnummer: Berichtseinheit-ID 00011979

Postanschrift: Deutschhausplatz 1

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@kb-rlp.de

Telefon: 0 61 3123 98155

Internetadresse: <https://www.kommunalberatung-rlp.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: ppa - Pfälzische Pensionsanstalt

Registrierungsnummer: DE229590902

Postanschrift: Sonnenwendstraße 2

Stadt: Bad Dürkheim

Postleitzahl: 67098

Land, Gliederung (NUTS): Bad Dürkheim (DEB3C)

Land: Deutschland

E-Mail: info@ppa-duew.de

Telefon: 063229360

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. **ORG-0003**

Offizielle Bezeichnung: Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau - Vergabekammer -

Registrierungsnummer: 07-0001801100000-05

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlvw.rlp.de

Telefon: 06131162234

Fax: 06131162113

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. **ORG-0004**

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

487da346-4024-4579-82ab-baad519f0de9-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Aktualisierte Informationen

Beschreibung

:

Die Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge wurde bis zum 02.07.2026 verlängert. Die Anforderungen bezüglich der Bewertungskriterien für Los 2 wurden konkretisiert.

10.1. **Änderung**

Abschnittskennung: LOT-0002

Beschreibung der Änderungen: Die Anforderungen werden hinsichtlich der Bewertungskriterien für Los 2 klarstellend konkretisiert. Es erfolgt eine Präzisierung des Bezugs der Referenzanforderungen zu vergleichbaren Anwendungssystemprojekten. Unter „(A) Referenz: Vergleichbarkeit von Implementierungs- und Einführungsprojekten“ lautet das

erste Merkmal, das berücksichtigt wird: 1. Einführung eines integrierten ERP-System-Rollouts mit den Modulen HR-Payroll, Finanzen und Versorgung. Die weiteren Bedingungen bleiben unverändert. Unter „C) Referenz: Erfahrung mit integrierten Verwaltungs- und Fachprozessen“ wird der Gesamtbegriff wie folgt konkretisiert: „Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der Abbildung und Unterstützung vergleichbarer integrierter Verwaltungs-, Personal-, Finanz- oder Fachprozesse im Zusammenhang mit produktiven Anwendungssystemen.“ Die weiteren Bedingungen bleiben unverändert. Ebenso wird unter „(D) Referenz: Projekt-, Schulungs- und Betriebsorganisationsleistungen“ der Gesamtbegriff wie folgt konkretisiert: „Bewertet wird die Erfahrung des Bewerbers mit der organisatorischen Steuerung vergleichbarer komplexer Implementierungs-, Schulungs- und Betriebsübergangsprojekte im Zusammenhang mit der Einführung, Weiterentwicklung oder dem Betrieb von Anwendungssystemen.“ Die weiteren Bedingungen bleiben unverändert.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b25dac4d-c38a-4e79-a2f2-8ece90fb174b - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 25/06/2026 17:40:50 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 445288-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 122/2026
Datum der Veröffentlichung: 29/06/2026